



Protokoll der Beratung vom 03.11.2010

I. öffentlicher Teil

Herr Maresch eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste und stellt Frau Klement, die Geschäftsführerin des Macht los e.V., vor.

Es sind zu Beginn der Sitzung, um 17:00 Uhr, 5 Mitglieder und 1 Vertreter, ab 17:10 Uhr 7 Mitglieder und ein Vertreter und ab 17:20 Uhr 9 Mitglieder anwesend. Damit ist der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten beschlussfähig.

Anwesenheit:

	Mitglieder:	Sachkundige Bürger:	Gäste:
1.	Herr Maresch DIE LINKE	Herr Karwinski von Karwin SPD/Grüne	Bitte Anwesenheitsliste beachten
2.	Frau Giesecke CDU/FDP/FLC	Herr Kuchta DIE LINKE	
3.	Herr Hallmann SPD/Grüne	Herr Selka AUB	
4.	Frau Leonhardt AUB	Frau Venter Die Linke	
5.	Herr Möller SPD/Grüne	Frau Vandreier CDU/FDP/FLC	
6.	Frau Schädel SPD/Grüne		
7.	Herr Dr. Schmidt CDU/FDP/FLC		
8.	Frau Piduch DIE LINKE		
9.	Herr Dr. Sutowicz CDU/FDP/FLC		
10.			
11.			

TOP 1. Abstimmung zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in folgender Form bestätigt:

Abst.:
6:0:0

2 Protokollkontrolle

3 Beschlussvorlagen

3.1 II-016/10

Aufhebung der Satzung Cottbus-Pass zum 01.01.2011

Herr Konzack, Fachbereich Bürgerservice

3.2 III-011/10

Änderung der Gebührensatzung „Gemeinschaftsunterkunft“ vom 16.12.2009

Frau Dieckmann, Fachbereich Soziales

3.3 IV-063/10**Beschluss zum Stadtumbaustrategiekonzept Cottbus 2020, Stand 23.07.2010**

Frau Mohaupt, Fachbereich Stadtentwicklung

3.4 IV-068/10**Neuaufstellung Flächennutzungsplan der Stadt Cottbus – Aufstellungsbeschluss**

Frau Kämmerer, Fachbereich Stadtentwicklung

4 Anträge**4.1 007/10****Erweiterung des Kinderschutz-Netzwerkes als Alternative zur Babyklappe**

Antragsteller: SPD/Grüne DIE LINKE

5 Berichte**6 Informationen****6.1 Vorstellung des Vereins Macht los e. V.**

Frau Klement, Macht los e. V.

6.2 Informationen des JobCenters Cottbus zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften**i. V. m. erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter Beachtung der Personengruppen sowie Aussagen zu Bedarfsgemeinschaften mit aufstockenden Leistungen****6.3 Informationen zum Projekt aus dem Bundesprogramm Kommunalkombi****„Die Begleiter“**

Frau Weissköppel, DIAS NL gGmbH

**6.4 Informationen zur Allgemeinverfügung über das Alkoholverbot auf dem Einkaufs-
boulevard in der Gelsenkirchener Allee**

Herr Gransalke, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

**6.5 Rundgang und Informationen zur Einrichtung des Macht los e. V. –
im Anschluss an den nichtöffentlichen Teil**

Frau Klement, Macht los e. V.

TOP 2

Das Protokoll der Beratung vom 06.10.2010 wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

TOP 3.1

Herr Konzack erläutert die Vorlage und gibt Ausblick auf die Umsetzung der Inanspruchnahme von Vergünstigungen ab 2011.

Herr Möller stellt in Frage, dass die Aufhebung der Satzung genügt. Er vertritt die Auffassung, dass die Satzung ein Rechtsakt ist und nur durch einen solchen aufgehoben werden kann. Er schlägt vor, dass das Verfahren ein Thema für den Rechtsausschuss ist.

Herr Dr. Bialas bekräftigt die Auffassung, da die bestehende Satzung nicht befristet ist.

Herr Konzack erklärte, dass er das Problem hinsichtlich des Verfahrens der Aufhebung der Satzung in den Rechtsausschuss mitnimmt.

Weitere Anfragen von den Ausschussmitgliedern wurden beantwortet.

Herr Maresch bittet darum, die Abstimmung zum Inhalt zu führen, jedoch die rechtlichen Bedenken über die Verfahrensweise der Aufhebung der Satzung prüfen zu lassen. **Abst.: 8:0:0**

TOP 3.2

Frau Dieckmann erläutert die Vorlage und die Notwendigkeit der Überarbeitung der Satzung.

Herr Maresch bedankt sich und bittet um Abstimmung. **Abst.: 9:0:0**

TOP 3.3

Frau Mohaupt stellt das Strategiekonzept Cottbus 2020 anhand der beigefügten Präsentation vor. In der Diskussion werden mehrere Fragen aufgeworfen und durch Frau Mohaupt beantwortet.

Herr Maresch fragt nach den Auswirkungen der Halbierung der Fördermittel und nach der Setzung von Schwerpunkten.

Frau Mohaupt führt dazu aus, dass Verpflichtungsermächtigungen bestehen. Es wird Auswirkungen auf die Qualität mit sich bringen.

An das Strategiekonzept werden Mindestansprüche gestellt. Im Zuge der demografischen Entwicklung muss berücksichtigt werden, was sich teils räumlich vollzieht. Danach werden Maßnahmen in den Teilräumen benannt. Sektoral liegen Schwerpunkte bei der Kita- und Schulplanung und der technischen Infrastruktur.

Herr Maresch bedankt sich für die Ausführung und bittet um Abstimmung. **Abst.: 9:0:0**

TOP 3.4

Frau Kämmerer erläutert anhand der beiliegenden Präsentation die Beschlussvorlage zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes.

Anfragen der Ausschussmitglieder wurden beantwortet.

Herr Maresch bittet um Abstimmung: **Abst.: 9:0:0**

TOP 4.1

Herr Maresch, Fraktion DIE LINKE, erläutert, dass eine Diskussion zum Thema bereits ausführlich geführt wurde, deshalb sollte sich die Diskussion im Ausschuss nur auf den Antrag beziehen.

Herr Selka als Vertreter der AUB erklärt, dass er eine fraktionsübergreifende Diskussion über den Inhalt dieses Antrages vor der Stellung des Antrages für sinnvoll gehalten hätte. Er kann dem Antrag in dem Punkt folgen, dass die Strukturen des Kinderschutz-Netzwerkes ausgebaut werden, jedoch ist dies keine Alternative zur Babyklappe.

Frau Giesecke, CDU unterstützt die Erweiterung des Kinderschutznetzwerkes, findet die Formulierung – als Alternative – unglücklich und schlägt eine neue Formulierung vor.

Herr Dr. Bialas, CDU fragt nach den finanziellen Auswirkungen beim CTK und der Wirkung des Antrages auf den Gesellschafterbeschluss

Frau Leonhardt, AUB, empfiehlt, dass für das Netzwerk verstärkt Öffentlichkeitsarbeit erfolgen sollte.

Herr Maresch, DIE LINKE, hebt die gute fraktionsübergreifende Zusammenarbeit hervor. Er bekräftigt den Vorschlag, dass das Netzwerk stärker über die Presse, Flyer u. a. bekannt gemacht werden muss. Er verweist darauf, dass über die Rufnummer Fachärzte erreichbar sind, die auf die entspre-

chende Situationen eingehen können. Zur weiteren Verfahrensweise schlägt er vor, dass er eine Stellungnahme des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten zum Antrag der Fraktion SPD/Grüne DIE LINKE vor der Stadtverordnetenversammlung abgeben wird. Alle anwesenden Mitglieder befürworten diesen Vorschlag.

TOP 6.1

Frau Klement stellt anhand der beiliegenden Präsentation den Macht los e. V. und die Einrichtung in der Lipezker Straße 48 vor.

TOP 6.2

Herr Napp stellt das Thema anhand der beiliegenden Präsentation dar.

Herr Maresch fragt nach, wie der Anstieg bei den Bedarfsgemeinschaften mit einer Person zu erklären ist.

Herr Napp führt aus, dass durch das Vorhandensein z. B. einer Universität und der dadurch stattfindenden Einmündung ins Studium oder in die Ausbildung auch die Zahl der Hilfeempfänger steigt. Einen weiteren Aspekt sieht er darin, dass sich Personen aus einer Bedarfsgemeinschaft vereinzeln und sich dadurch eine höhere Zahl der Bedarfsgemeinschaft ergibt.

Herr Dr. Bialas stellt fest, dass sich im Zeitraum von 2005 bis 2010 die Arbeitslosenzahl halbiert hat, die hilfebedürftigen Personen und Bedarfsgemeinschaften jedoch fast gleich geblieben sind; es gab keine signifikanten Veränderungen. Hinter dieser Entwicklung stehen finanzielle Auswirkungen. Die Langzeitarbeitslosigkeit konnte nicht dauerhaft beseitigt werden, das heißt, es gab keine dauerhafte Beschäftigung. Die Instrumente müssen seiner Auffassung nach besser gebündelt werden.

Herr Selka erläutert den derzeitigen Stand der Lohnentwicklung. Cottbus gehört zur Niedriglohnregion.

Herr Weiße stellt dar, dass im Laufe der Zeit viele Menschen in Arbeit gebracht wurden, auch in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Cottbus ist als Stadt und auf Grund der Anonymität einer Stadt ein Aufnahmezentrum für Menschen mit sozialen Problemen, was auch dazu führt, dass die Zahl der Hilfeempfänger steigt.

Herr Maresch bedankt sich und verweist gleichzeitig auf den nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

TOP 6.3

Frau Weißköppel stellt anhand der beiliegenden Präsentation das Kommunal-Kombi-Projekt „Die Begleiter.“ vor. Sie gibt kurze Hinweise zur Arbeit mit Cottbus-Verkehr, zum anspruchsberechtigten Personenkreis, zur Entwicklung des neuen Angebotes und zu den Mitarbeitern.

TOP 6.4

Herr Maresch geht auf die Situation auf dem Einkaufsboulevard Gelsenkirchener Allee ein und bittet den Vertreter des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit um Ausführungen dazu, welche Ideen es für die verdrängten Menschen gibt.

Herr Gransalke erläutert, dass es aus ordnungsrechtlicher Sicht Kontrollen zur Einhaltung des Alkoholverbotes gebe. Die betroffene Klientel ist in die benachbarte Parkanlage umgezogen. Durch den Fachbereich Ordnung sind aber keine präventiven Maßnahmen möglich.

Herr Maresch bittet um Information seitens der Stadt, welche unterstützenden Maßnahmen für die betroffene Klientel unternommen werden.

Herr Prescher, Sozialarbeiter des Diakonisches Werkes Niederlausitz e. V., informiert über die Arbeit der Beratungsstelle „Contact“ und gibt über die Arbeit und den Umgang mit den betroffenen Menschen Auskunft.

Die Beratungsstelle „Contact“ ist ein soziales Projekt in Sachsendorf und bietet Raum für Begegnung und Qualifizierung. Für den Bereich Sachsendorf/Madlow ist auch eine Streetworkerin beschäftigt. Streetwork bedeutet "Aufsuchende Sozialarbeit".

Der Aufbau und die Pflege eines Kontaktnetzes in der Szene, der Kontakt zu den verschiedenen Institutionen sowie die Beratung und Vermittlung von persönlichen Hilfen stehen im Vordergrund. Die Beratungsstelle ist über das Kommunal-Kombi-Programm in Zusammenarbeit mit der GWC entstanden und wird als Außenstelle der Stadtmission mit drei Mitarbeitern geführt. Die angesprochene Klientel wird regelmäßig im Rahmen der Streetworkarbeit eingeladen, die Beratungsstelle aufzusuchen.

In der Einrichtung herrscht Alkoholverbot. Die Mitarbeiter der Beratungsstelle bieten niedrigschwellige Hilfen an. Sie nehmen sich der Besucher an, begleiten sie zu Behörden und sind bei Antragstellungen behilflich.

Der Treff in den angrenzenden Parkanlagen stellt für diese Menschen eine soziale Komponente dar. Viele von ihnen sind einsam oder haben keine Arbeit. Die Annahme der Hilfeangebote ist oft langwierig. Eine Vertreibung würde bedeuten, dass die Menschen nicht mehr ansprechbar wären und somit für die Hilfen nicht erreichbar. Die Allgemeinverfügung über das Alkoholverbot auf dem Einkaufsboulevard in der Gelsenkirchener Allee betrifft die ordnungsbehördliche Seite, die Hilfsangebote auf den sozialen Sektor eine andere. Die Annahme von Hilfsangeboten ist abhängig von den einzelnen Personen und ihren Problemen.

Herr Maresch zeigt die Bedeutung einer solchen Einrichtung für die genannte Klientel auch auf die kommende kalte Jahreszeit auf.

Herr Prescher führt aus, dass sich die Betroffenen einen geschlossenen Raum wünschen, jedoch unter der Möglichkeit des Konsums des Alkohols. Die Beratungsstelle „Contact“ kann das jedoch nicht bieten. Für die betroffenen Menschen ist Kontakt wichtig. Andere Menschen sollten nicht wegsehen, sondern auch das Gespräch suchen. Herr Prescher verteilt Flyer des Projektes.

Frau Weissköppel ergänzt, es sollte noch mehr Öffentlichkeitsarbeit für die sozialen Projekte rund um diese Klientel geleistet werden. Die Menschen sollten immer wertungsfrei aufgefangen werden.

Herr Dr. Bialas stellt jedoch noch einmal klar, dass für diese Personen der Treff ein Gaststättenersatz ist. Sie sehen oftmals keinen eigenen Betreuungsbedarf.

Herr Maresch stellt zum Ende der Diskussion fest, dass es Hilfsangebote für die betroffenen Menschen gibt. Das Thema wird vom Ausschuss weiter verfolgt.

Er beendet den öffentlichen Teil um 19:25 Uhr.

Maresch
Vorsitzender

Zengler
Protokollantin